

Platz abbeck

Nr. 9, 18. Dezember 2008

DIE LINKE.KÖLN

DIE LINKE. Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE. Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Sparkasse KölnBonn: Fütterung des Tigers

Die Sparkasse, ein Tiger? Der gefüttert werden soll? Zunächst zum letzten Punkt. Tatsächlich soll die Sparkasse gefüttert werden. Und zwar mit einer stillen Einlage zunächst von 300 Mio. Euro. Köln beteiligt sich zunächst mit 210 Mio. Euro und Bonn – nach längerer Diskussion – mit 90 Mio. Euro. Die Beschlüsse dazu sind in den Ratssitzungen der beiden Städte mehrheitlich gegen DIE LINKE gefällt worden. Gleichzeitig enthielten beide Ratsbeschlüsse eine Anweisung für die Mitglieder der Zwecksverbandsversammlung der Sparkasse KölnBonn, in der kommenden Sitzung der Zweckverbandsversammlung am 19.12.2008 der Aufnahme der dazu erforderlichen Kredite zuzustimmen. Damit nichts schief geht, wurde der Wortlaut des Weisungsbeschlusses allen durch die Städte entsandten Mitgliedern separat mitgeteilt.

Kaum war das eine getan, kündigte der Oberbürgermeister bereits eine weitere stille Einlage von 50 Mio. Euro für 2009 durch die Stadt Köln an, ohne den Rat darüber informiert zu haben. Das war offensichtlich als vorschnelles Bonbon an die Bonner gedacht, damit sie ihren Beitrag von 90 Mio. Euro nicht nur in Aussicht stellen, sondern auch wirklich zahlen.

Die Notwendigkeit dieser Unterstützungsaktion mit der allgemeinen Finanzkrise zu begründen, ist vorschnell und beschwichtigend. Tatsächlich steht die Sparkasse seit dem Jahr 2007 gar nicht so gut da. Nur durch den Rückgriff auf ihre Reserven konnte sie 2007 einen schwachen Gewinn von 400.000 Euro erwirtschaften.

Kapitaleinlagen braucht eine Sparkasse. Schließlich hat sie als kommunales Unternehmen vor allem der Stadt, seinen Bürgern und den vielen kleinen und mittleren Unternehmen zu dienen. Nicht umsonst haben die Sparkassen sich heftig dagegen gewehrt, für die Spekulationsverluste der WestLB aufzukommen. Und die Städte Nordrhein-Westfalens fordern vom Land als zuständigem Gesetzgeber, die Sparkassen als selbständige, dezentrale und kun-

weiter auf Seite 2

Bürgerinnen und Bürger müssen mitreden

Am 2. Dezember dieses Jahres fand in Köln eine Veranstaltung mit dem Thema "Die Bürger reden mit – wir diskutieren mit" statt. Das Friedensbildungswerk hatte eingeladen – u. a. Fachleute wie Martin Rüttgers vom Büro für Politikberatung & Forschung, VertreterInnen aus Politik und Verwaltung und jede Menge Bürger und Bürgerinnen, viele von ihnen vom Kölner Netzwerk Bürgerengagement. Michael Kellner vertrat die Fraktion DIE LINKE. Köln, Horst Thelen Bündnis 90/Die Grünen und Jürgen Roters die SPD. CDU und FDP waren erst gar nicht erschienen.

Schon in der ersten halben Stunde kam man an diesem Abend auf den Kernpunkt der Diskussion zu sprechen: Köln ist, was die Bürgerbeteiligung betrifft, konzeptionell gut aufgestellt, aber ausgesprochen schwach in der Umsetzung. Bereits im Februar 2005 wurde im Rat ein ausführliches Konzept zur Förderung des Bürgerengagements vorgestellt und beschlossen. Es war in wesentlichen Teilen vom Kölner Netzwerk Bürgerengagement mitverfasst worden und enthält auf 46 Seiten detaillierte Handlungsempfehlungen zu verschiedenen Be-

reichen des Bürgerengagements. Außerdem findet man dort die Ergebnisse von vier Arbeitsgruppen und die Auflistung von Qualitätsstandards für Bürgerbeteiligung und Prüfsteine für am Ehrenamt interessierte Einrichtungen. Dieses Paket von Vorschlägen ist der Beweis dafür, welches Potenzial im ehrenamtlichen Engagement der Kölner Bürgerinnen und Bürger liegt. Mit diesem Konzept könnte Köln sich an die Spitze der Kommunen in NRW, wenn nicht sogar in der ganzen Bundesrepublik, setzen.

Am 14. Dezember 2006 wurde im Rat noch einmal nachgelegt. Die Arbeitsgruppe Bürgerbeteiligung des Kölner Netzwerkes Bürgerengagement hatte „Empfehlungen für Rat und Verwaltung“ entwickelt. Am 14. Dezember 2006 begrüßte der Rat diese Empfehlungen und beauftragte die Verwaltung, „bis zur Sommerpause 2007 zu prüfen, welche Empfehlungen umsetzbar sind, wie und in welchem Zeitraum eine Realisierung möglich ist und welche finanziellen Mittel dafür notwendig sind...“ Diese Prüfung hat offenbar bis heute nicht stattgefunden, denn der Rat wartet immer noch auf diese Vorlage – seit zwei Jahren! Kann man es den Bürgerinnen und Bürgern verdenken, dass sie ein solches Verhalten als Missachtung des bürgerlichen Engagements ansehen und eine bewusste Verschleppung vermuten? →



Das Comeback des Jahres

Selten zuvor gab es so ein Comeback. Nachdem auf Grund der Weltwirtschaftskrise sogar bürgerliche Medien Karl Marx entdeckten, sich die Nachfrage nach dessen Hauptwerk „Das Kapital“ verdreifachte und sich an zig Hochschulen des Landes Marx-Lesekreise bildeten, durften wir in Köln sogar Marx' Rückkehr auf den Ratsturm feiern. Nun schaut er wieder auf die Stadt. Oberbürgermeister Schramma sagte bei der öffentlichen Übergabe: „Ich bin fest davon überzeugt, dass die Figuren diesmal eine längere Lebensdauer haben und für mehrere Jahrhunderte an ihren angestammten Plätzen bleiben können!“ Einen wie Marx kriegt man eben nicht klein.

HP Fischer

Die Fraktion DIE LINKE. Köln hat deshalb zur Dezemberratssitzung einen Antrag eingereicht. Sie verlangt darin noch vor der Osterpause 2009 die geschuldete Vorlage und damit endlich die Umsetzung der Empfehlungen des Kölner Netzwerks Bürgerengagement. Michael Kellner

Christuskirche Abriss und Neubebauung

Das alte Kirchenschiff (Neurenaissance) der im Jahr 1891-1894 erbauten Christuskirche an der Herwarthstrasse fiel im 2. Weltkrieg einem Bombenangriff zum Opfer. Der Turm blieb stehen. Es erfolgte in den 50er Jahren ein Notkirchenbau. Der denkmalgeschützte renovierte Turm einschließlich Besamend, Empore und Orgel blieb erhalten. Das stark beschädigte Kirchenschiff wird nun abgerissen. Nach Ansicht des evangelischen Kirchenvorstandes ist es unvertretbar den Notkirchenbau, dessen bauliche Substanz sich in einem unvertretbaren Zustand befindet, durch Sanierung zu erhalten. Auf dem freien Baugrundstück wird eine Wohnbebauung in Form von zwei 5-geschossigen Riegeln mit Flachdach entstehen. Als bewegte Baukörper mit unterschiedlicher Typologie unter dem Aspekt einer sakralen Gesamteinwirkung sind sie als Verbindung zum Stadtgarten geplant. Eine typische Wohnhausfassade entsteht nicht.

Ein neugeplanter Gebetsraum für etwa 200 Personen wird transparent als schlichter, feierlicher, protestantischer Kirchenraum (Multifunktionsraum) zwischen den Wohnriegeln zum Turm hin gebaut. Die evangelische Kirche, so der Vorstand, verfolgt ein ästhetisches, sozialstrukturverträgliches Konzept. Bildung und Kultur sind gewollt. Das Objekt ist architektonisch zu begrüßen. Die geplanten Eigentumswohnungen sind jedoch nicht sozial, da der Preis bei etwa 3.000 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche liegen wird. Somit zeigt sich, dass die finanzielle Notlage der evangelischen Kirchengemeinde dem Kapital unterworfen wird. Ein defizitärer sozialer Wohnungsbau ist somit weiter vorprogrammiert.

Ludwig Eierhoff
Mitglied im Arbeitskreis
Stadtentwicklung



dennahe Institute in kommunaler Hand zu erhalten. Allerdings fragt sich, ob allzu enge Beziehungen zu Investoren wie dem Oppenheim-Esch-Fonds auch zu den vornehmlichen und kundennahen Aufgaben eines kommunalen Unternehmens gehören?

Damit wären wir beim zweiten Punkt, dem Tiger. Tatsächlich hat sich die Sparkasse in der Vergangenheit wie ein Tiger in freier Wildbahn gebärdet. Markante Beispiele waren die 25%-ige Beteiligung am ruinösen Medienzentrums Coloneum und die damit verbundene hohe Mietverpflichtung gegenüber dem Oppenheim-Esch-Fonds. Auch bei der Vermietung der neuen Rheinhallen, dem RTL-Sitz, hat sich die Sparkasse übernommen. 115,5 Mio. Euro muss die Sparkasse dafür bezahlen, dass der Umbau der RTL-Hallen nicht pünktlich fertig geworden ist. Die Messe-Affäre ist bereits in aller Munde. Hier wurden mehrere hundert Mio. Euro öffentlicher Gelder eingesetzt, um der größten und reichsten Privatbank Europas extra Profite zu sichern. Das alles ist Vergangenheit, die bitter in die Gegenwart hineinreicht und die noch nichts mit der gegenwärtigen Finanzkrise zu tun hat.

Dieser Tiger ist noch längst nicht ge-

bändig. Mit der stillen Einlage sind nur unbedeutende Auflagen für die Sparkasse verbunden. Sie kann im Grunde weiterwirtschaften wie bisher. Die Fraktion DIE LINKE. Köln hat deshalb in der Ratssitzung am 13.11.2008 gegen den Beschluss der stillen Einlage gestimmt. Wir fordern neben einer Konzentration auf das Kerngeschäft wirksamen Kontrollmechanismen der Geschäftspolitik und nicht nur die Offenlegung der Gehälter der Vorstände, sondern auch ihre Begrenzung. In punkto Transparenz wurde die Fraktion inzwischen vom Gesetzgeber bestätigt. Seit dem 29. November ist das neue Sparkassengesetz in Kraft. Danach sind „die Bezüge (sind) der einzelnen Vorstandsmitglieder im Geschäftsbericht der Sparkasse individualisiert auszuweisen.“ Allerdings kann die Versammlung des Zweckverbandes der Sparkasse KölnBonn „auf der Grundlage eines einstimmig gefassten Beschlusses festlegen, auf eine individualisierte Ausweisung im Sinne von Satz 1 zu verzichten.“ Da der Rat der Stadt Köln aber mit Michael Kellner ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE. Köln in die Zweckverbandsversammlung der Sparkasse KölnBonn entsandt hat, wird es zu einem solchen Beschluss in dieser Ratsperiode sicher nicht kommen.

Auch Freiburg will Sozialticket

Köln hat mit seinem Köln-Pass inklusive Sozialticket Modellcharakter für Engagierte in vielen Städten, die den Kampf um billigere Mobilität für Menschen mit wenig Geld noch führen. Michael Weisenstein, linkes Mitglied im Verkehrsausschuss und Aufsichtsrat der KVB, ist deshalb ein viel gefragter Referent. Am 14. November brachte er unsere Kölner Erfahrungen auf einer Veranstaltung in Freiburg ein. Dort hatte der Runde Tisch Freiburg unter dem Motto „Bus und Bahn für Alle“ ExpertInnen aus Köln, Dortmund, Leipzig und Mulhouse eingeladen.

Für alle Städte und Gemeinden, in denen diese wichtige Forderung noch unterfüllt ist, hat die Bundestagsfraktion der LINKEN eine Infobroschüre herausgegeben. Dort wird anhand verschiedener Städte aufgezeigt, wie das Sozialticket dort erkämpft wurde. Köln ist dabei eine von nur 11 Städten und Gemeinden, die ein ermäßigtes Monatsticket anbieten.

Der Weg zum Köln-Pass ist in dieser Broschüre ausführlich nachgezeichnet. Sie kann unter „<http://www.linksfraktion.de/publikationen.php>“ heruntergeladen werden.



Michael Weisenstein: Podium ganz links, mit Mikrophon

Aus den Bezirken:

■ Innenstadt

Denkmalwürdigkeit des Klingelpützpark

Im Dezember wurde ein Prüfantrag zum Klingelpützpark verabschiedet. Dabei geht es um die Prüfung der Denkmalwürdigkeit des Parks. Er wurde während der Nazi-Zeit als Gefängnis benutzt, in dem damals viele Menschen gefoltert und ermordet wurden. In dem Park befindet sich eine Gedenkstätte, die an die ermordeten Menschen erinnert. Der Rheinische Verein für Denkmalpflege hat schon mehrmals auf die Besonderheiten der Park- und Grünanlage des Klingelpützpark hingewiesen.

Nach Beschluss der Bezirksvertretung soll die Verwaltung eine Prüfung der Denkmalwürdigkeit der Gartenanlage Klingelpützpark durchführen und das Resultat der Bezirksvertretung vorstellen.

Bahri Gülsen

■ Innenstadt

Klingelpützpark – neueste Entwicklung

Am 12.11. gab es einen Dreh des WDR zum Problem Klingelpützpark, auf dem der Bauderzernent Streitberger zugeben musste, dass er bei seinen Plänen nicht mit einem solchen massiven Widerstand der Anwohner gerechnet hätte. Und dieser Widerstand ist nicht geringer geworden. Nachdem die Verwaltung beschlossen hatte, einen Anwohnerbeirat zu bilden, wurde eine Geschäftsordnung vorgelegt, die wiederum

auf Widerstand der Bürgerinitiative stieß. Denn der Hauptkritikpunkt war, dass in dem Beirat die Montag-Stiftung mit Stimmrecht vertreten sein sollte. Dadurch wäre die Parität des Beirates nicht mehr gewährleistet.

Die von der Bürgerinitiative vorgelegten Änderungspunkte wurden dann auch in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt zu 99 Prozent übernommen. Nun wird es so sein, dass die Geschäftsführung des Beirates die Verwaltung inne hat. Die Besetzung wird aus den vier am Ort vertretenen Bildungseinrichtungen und vier Anwohnern bestehen. Die Montag-Stiftung kann ohne Stimmrecht an den Sitzungen teilnehmen.

Diese veränderte Geschäftsordnung wird in dieser Form hoffentlich vom Rat am 18.12. beschlossen werden. Man kann mit Fug und Recht annehmen, dass der Verwaltungsvorschlag, die Montag-Stiftung mit Stimmrecht zu versehen, dazu da war, letztendlich die Pläne der Verwaltung zur totalen Veränderung und Verkleinerung des Klingelpützpark doch noch durchzusetzen. Es ist zu hoffen, dass jetzt ein tragbares Konzept der Bildungslandschaft Altstadt-Nord Realität werden kann, ohne dass der letzte Park innerhalb der Ringe seine Bedeutung als Naherholungsgebiet für die Anwohner verliert.

Dass das Ganze sich jetzt zum Besseren gewendet hat, war nicht zuletzt der massiven Intervention der Linken zu verdanken, die von Beginn an auf der Seite der Bürgerinitiative gestanden haben. Trotzdem ist Aufmerksamkeit weiter geboten, damit sich die Bauverwaltung mit der Montag-Stiftung

nicht Tricks einfallen lässt, um ihre Pläne doch noch durchzusetzen.

Peter Löwisch

■ Ehrenfeld

Alter Güterbahnhof

In Ehrenfeld steht die Frage der Bebauung des alten Güterbahnhofs nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Bezirksvertretung möchte für das Gebiet zwischen Maarweg, Vogelsanger Strasse, Oskar-Jäger-Strasse und Bahngleisen einen Bebauungsplan erstellen. Das gewährleistet, dass die Bezirksvertretung auch künftig ein Mitspracherecht bei der Bebauung hat. In einer Aktuellen Stunde auf der letzten Sitzung wurde die Angelegenheit deswegen zur weiteren Beratung in den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen. Die Bezirksvertretung möchte dort vor allem Kreativwirtschaft und produzierendes Gewerbe ansiedeln, großflächigen Einzelhandel mit sofortiger Wirkung ausschließen.

Helga Humbach

■ Ehrenfeld

Heliosgelände

Auch auf dem Heliosgelände zwischen Grüner Weg und Heliosstrasse muss über eine neue Bebauung entschieden werden. Ein großer Investor, der auch die Kalk-Arcaden betreibt, wollte sich auf dem Gelände ansiedeln. Ein riesiges Einkaufszentrum auf dem Gelände stellt eine große Bedrohung für den Einzelhandel auf der Venloer Strasse dar. Ein Verdrängungswettbewerb, wie jetzt schon auf der Kalker Hauptstrasse zu beobachten, wäre die Folge davon.

Die Bezirksvertretung hatte das abgelehnt. Stattdessen sollen dort nun Wohnungen gebaut werden und sich Kleingewerbe ansiedeln.

Helga Humbach

Auftragsrückgänge in der Autozuliefererindustrie sollten in Köln zu Entlassungen bei der Zeitarbeitsfirma Adecco führen. Nach Verhandlungen mit IG Metall und der Agentur für Arbeit entschied sich das Unternehmen, die Streichung von 253 Jobs durch eine Kombination aus Kurzarbeit und Qualifizierung zu ersetzen.

Zur am 15. Dezember in Köln vorgestellten Einigung von IG Metall, Arbeitsagentur und Adecco über eine Kurzarbeits- und Qualifizierungsregelung zur Verhinderung von Massenentlassungen aus der Zeitarbeit erklärte Ulla Lötzer, Obfrau der Fraktion Die LINKE im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie des deutschen Bundestages:

Zeitbombe Zeitarbeit muss auch politisch entschärft werden!

Ich begrüße die betriebliche Regelung, mit der für 253 Beschäftigte aus der Leiharbeit Qualifizierungsperspektiven geschaffen werden statt sie in die Erwerbslosigkeit zu entlassen. Sie ist ein wichtiger erster Erfolg der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft IG Metall im Kampf gegen die Abwälzung der Kosten der Krise auf die Beschäftigten.

Keine Entlassungen bei Adecco!

Dass bereits ausgesprochene Kündigungen zurückgezogen wurden, ist zugleich eine schallende Ohrfeige für die Vertreter der Kölner Kommunalpolitik in den Gremien der Agentur für Arbeit, die mit ihrer Zustimmung zu einer Verkürzung von Schutzfristen Adecco die Massenentlassung vor Weihnachten erst möglich gemacht hatten.

Statt vorseilendem Gehorsam für die Profitinteressen der Leihfirmen ist politischer Druck nötig, um die insgesamt 13.000 Kölner Zeitarbeitsbeschäftigten vor dem Absturz in die Erwerbslosigkeit zu bewahren. Besonders für die vielen jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund müssen Qualifizierungsperspektiven geschaffen werden, damit sie nicht ins Bodenlose stürzen.

Um die arbeitsmarktpolitische Zeitbombe Zeitarbeit wirksam zu entschärfen, sind allerdings weitere gesetzliche Schritte zur Einschränkung der Zeitarbeit, die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in Zeitarbeitsunternehmen und Entleihbetrieben nötig.

Die LINKE hat Vorschläge dafür in den Bundestag eingebracht und fordert die Durchsetzung des Prinzips ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ auch in der Leiharbeit.

Aus den Ausschüssen:

■ Soziales und Senioren

ARGE Köln von Bundesregierung gerügt

Die Abgeordnete Katja Kipping aus der Bundestagsfraktion der LINKEN hat offensichtlich gute Kontakte zu Köln. Ihr war zu Ohren gekommen, dass einigen Antragstellerinnen und Antragstellern von ALG II eine „Belehrung“ zur Unterschrift vorgelegt worden war. In diesem Formblatt wurde gefordert, „Rücklagen für kommende einmalige, auch unvorhersehbare Bedarfe zu bilden.“

Katja Kipping stellte daraufhin dazu eine Anfrage im Bundestag. Die Antwort der Bundesregierung war eindeutig: „Die Vorgehensweise der ARGE Köln, von den Leistungsempfängern eine Verpflichtungserklärung zur Ansparung einer Rücklage abzuverlangen, ist ... zu beanstanden ...“

Die Bundesregierung für Arbeit wird die Agentur für Arbeit Köln als Träger der Grundsicherung auffordern, darauf hinzuwirken, dass die geschilderte Verfahrensweise zur Bildung von Rücklagen künftig unterlassen wird.“

Ratsmitglied Michael Kellner hakte im Ausschuss mit einer Anfrage noch einmal nach. Die Antwort bestätigte die Vorlage des Formulars, und zwar „nur an Personen ...“, die im laufenden Leistungsbezug waren, einen Geldverlust (nicht Diebstahl, Raub oder Einbruch) geltend machten und aufgrund dessen erneut (zusätzliche) Leistungen beantragten.“ Sanktionen bei Verweigerung der Unterschrift wurden laut Antwort weder angedroht noch verhängt.

Inzwischen hatte sich nach Auskunft der Verwaltung die Bundesagentur für Arbeit über die BA Köln an die ARGE Köln gewandt und die Weisung ausgesprochen, „dass die Arbeitsgemeinschaft Köln die ‚Belehrung Ergänzende Darlehen‘ zukünftig nicht mehr an Antragsteller bzw. Leistungsempfänger ausgeben darf.“ Weiterhin heißt es: „Die Grundsicherungsstelle ist nicht berechtigt, die Leistungsempfänger zur Bildung einer Rücklage zu verpflichten.“ Die Verwaltung schloss sich der vorgetragenen Sach- und Rechtslage an, und die Vorlage der „Belehrung“ wurde ab dem 13.11.2008 eingestellt. Es bleibt die Frage, warum ein solch erniedrigendes Papier den Betroffenen überhaupt vorgelegt wurde.

Michael Kellner

■ Soziales und Senioren

Warten auf das Wohngeld

Zum 01.01.2009 tritt die neue Wohngeldnovelle in Kraft. Sie soll einkommensschwache Haushalte bei den Wohnkosten entlasten. Insgesamt sind rund 800.000 Haushalte betroffen. Diese Angaben lassen auch für Köln eine hohe Anzahl von Antragstellerinnen und Antragstellern erwarten. Für eine zügige Bearbeitung der Anträge werden dringend neue Sachbearbeiter benötigt. Aber bisher ist noch kein Personal dafür eingestellt. Böse Zungen sprechen ohne Neueinstellungen von einer Bearbeitungszeit bis zu einem Jahr.

Das Ratsmitglied im Ausschuss für Soziales und Senioren stellte deshalb im November eine Anfrage zu diesem Thema. Die Fraktion wollte wissen, wie sich die Verwaltung auf diese Situation vorbereitet, mit wie viel Anträgen und mit welcher Bearbeitungszeit sie rechnet.

Die Antwort folgte noch in der gleichen Sitzung mündlich: Ca. 11 000 Anträge werden erwartet. Dafür werden nach einer Berechnung der Verwaltung 22 Kräfte benötigt. Die sind aber bisher noch nicht in Sicht. Deshalb wird sich die Verwaltung nach eigenen Worten um Zeitarbeitskräfte bei der Firma vivovento bemühen. Sollte das Personal nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen – einschließlich einer Einarbeitungszeit – wird mit einer Bearbeitungszeit von mindestens 4 bis 6 Monaten gerechnet.

Für alle Antragstellerinnen und Antragsteller ist eine so lange Bearbeitungszeit unzumutbar. Die Personalfrage muss Anfang des neuen Jahres zufrieden stellend gelöst sein. Andernfalls wird sich die Fraktion DIE LINKE mit einem Antrag erneut um mehr Personal und damit um kürzere Bearbeitungszeiten bemühen.

Michael Kellner

■ Sport

„Sicher schwimmen“ riskant

Wie nötig zusätzliche Wasserfläche und Schwimmzeiten für Köln sind, hat der kürzlich veröffentlichte Bericht zum Projekt „Sicher schwimmen“ gezeigt. Dort wird deutlich, dass das unbedingt notwendige Projekt, das die erschreckenden Defizite bei der Schwimmfähigkeit von Grundschulern in Angriff nehmen will, nur auf Kosten der Schwimmzeiten Anderer durchführbar ist.

Startschuss für Schrammas Messe-Volksfonds

Oberbürgermeister Schramma, aber auch CDU, SPD, FDP und Grüne haben durch die fragwürdigen Messegeschäfte mit dem Esch-Oppenheim-Fonds die Messe in eine Schiefelage gebracht. In der letzten Ratssitzung des Jahres soll nun der Kölner Messe eine Einzahlung zur „Stärkung des Eigenkapitals und der Finanzkraft“ gewährt werden. Der Betrag entspricht der Differenz aus dem versprochenen und dem tatsächlich erzielten Kaufpreis für die Messehallen.

Der Entscheidung über den Bau der Messehallen hatte die damalige PDS-Gruppe im Rat der Stadt Köln vehement widersprochen. Die Modalitäten des Vertrages haben die Ratsmitglieder der PDS abgelehnt. Der KölnMesse wurde damals ein völlig überhöhter Verkaufspreis für die Rheinhallen (Messehallen 1 - 3 und 5) und die Rheinparkhallen (Messehallen 6 – 8), nämlich 100 Mio. Euro versprochen. Bald wurde deutlich, dass nur 65 Mio. Euro erzielt wurden. Indem die Stadt die Erbbaurechte an den Rheinparkhallen erworben hat, konnte die Messe weitere 12,3 Mio. Euro einnehmen. Schlussendlich entstand ein Fehlbetrag von 22,7 Mio. Euro, der in etwa einer Jahresmiete für die Messehallen entspricht. Diesen Betrag will die Stadt Köln nun der Messe zahlen.

Dieser Zuschuss soll angeblich notwendig sein, um das sog. Effizienzprogramm 2012^{plus} erfolgreich umsetzen zu können. Es hat die Versprechung zum Ziel, nach Verlusten in 2009 (14,8 Mio.

Euro), 2010 (13,3 Mio. Euro) und 2011 (7,1 Mio. Euro) 2012 wieder Gewinne, nämlich 15,4 Mio. Euro zu machen. Das Effizienzprogramm 2012^{plus} hat leider große Schönheitsfehler. Die Verwaltung verweist zwar auf dieses Programm, es wird aber weder dargestellt noch ist es dem Rat der Stadt Köln bereits bekannt.

Auch dass diese optimistische Rechnung stimmt, möchte DIE LINKE bezweifeln. Wir fordern die Verwaltung auf, das Programm in einem schriftlichen Bericht darzustellen. Denn in den Berechnungen werden die Auswirkungen der Finanzkrise nicht berücksichtigt. Dass in Wirtschaftskrisen vor allem auch an Messeauftritten gespart wird, ist hinreichend bekannt. Zu befürchten ist also, dass die Messe in ernste Schwierigkeiten kommen wird. Auch hier liegen keine Zahlen, Informationen oder Einschätzungen vor.

DIE LINKE. Köln will selbstverständlich die Arbeitsplätze der KölnMesse erhalten. Doch dieser Zuschuss ist von der KölnMesse nicht nachgefragt worden, auch nicht im Zusammenhang mit evtl. gefährdeten Arbeitsplätzen. Sinnvoll ist ein Zuschuss nur, wenn das Vertragswerk zum Bau der neuen bzw. Verkauf der alten Messehallen überprüft wird und nicht weitere Folgeverträge eingegangen werden, die sich zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht als sittenwidrig erweisen.

Deshalb kann DIE LINKE die Vorlage zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur ablehnen. Zustimmung würde bedeuten, fragwürdige Geschäfte zu sanktionieren.

Jörg Detjen

Das widerspricht ursprünglichen Zusagen und bestätigt einmal mehr, wie wichtig Sanierung und dauerhafte Existenz der Schwimmbäder in Nippes, Weiden und Rodenkirchen sind. Es gibt einen zusätzlichen Bedarf an Schwimmzeiten und der kann nur über die Ausweitung von Nutzungsmöglichkeiten gedeckt werden.

Ein weiterer bedenklicher Punkt der Verwaltungsmittelteilung betrifft den Einsatz von „21 Assistenten mit viel Erfahrung und Engagement“, die das Projekt „unterstützen“ sollen. Schon ein kurzer Blick auf die Stellenangebote der Kölnbäder GmbH zeigt, dass hier pädagogisch und didaktisch anspruchsvolle Tätigkeiten, die unter anderem „eigenverantwortliches Leiten des Schwimmförderunterrichts“ beinhalten, mit vergleichsweise geringen Qualifikationen angetreten werden können. Dass der „Spaß beim Umgang mit Kindern“ neben dem „Nachweis der Rettungsfähigkeit“ als Eignung ausreicht, um eine überaus verantwortungsvolle Tätigkeit zu übernehmen, lässt sich nur damit erklären, dass an heikler Stelle gespart werden soll. In diesem Zusammenhang verwundert dann auch nicht, dass bei diesem langfristig angelegten Projekt nur Kräfte auf Honorarbasis gesucht werden. Eine Anfrage der LINKEN zu Qualifikation, Arbeitsauftrag und Arbeitsbedingungen der Assistenten soll zum nächsten Sportausschuss beantwortet werden.

Felix Schulte

■ Jugendhilfeausschuss

Haus des Jugendrechts

Das gut klingende „Haus des Jugendrechts“ ist eigentlich ein Haus des Jugendstrafrechts. Das hört sich gleich viel weniger gut an. Dort sollen künftig das mit dem sog. Intensivtäterprogramm und Jugendgewalt befasste Kommissariat, die Staatsanwaltschaft und die Jugendgerichtshilfe in einem Gebäude untergebracht sein. Bisher gibt es im Rahmen des Intensivtäterprogramms „nur“ monatliche Fallkonferenzen der Beteiligten.

Das Projekt war im Zuge der Debatte um Jugendkriminalität angeschoben worden. Das Stuttgarter Vorbild ist auf einem eilig anberaumten Hearing vorgestellt worden. Alle Parteien außer der LINKEN griffen dieses fragwürdige Modell auf – wollten sie dem Wähler anscheinend Härte und

Entschlossenheit, ein schnelles Eingreifen signalisieren.

Es ist sicher sinnvoll, wenn Jugendliche nicht lange auf ihr Verfahren warten müssen. Das Haus des Jugendrechts löst dieses Problem aber nicht. Das eigentliche Problem besteht darin, dass sich zu wenig Beschäftigte um zu viele Aufgaben kümmern müssen. Daran ändert auch das Zusammenkommen in einem Gebäude trotz kürzerer Wege nichts. Personalzusetzungen bei der Polizei und Staatsanwaltschaft sind nicht auf das Haus des Jugendrechts, sondern auf die Ausweitung des Intensivtäterprogramms zurückzuführen. Diese Ausweitung wurde bereits vor Monaten und unabhängig von diesem Projekt beschlossen.

Datenschutzrichtlinien werden in der Konzepterstellung selbstverständlich beachtet. Alles andere wäre ja auch illegal. Trotzdem bleibt die Gefahr bestehen, dass sich die Rollen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe vermischen, wenn man täglich so eng nebeneinander und zusammen arbeitet, wie es das Haus vorsieht. Das befürchten auch die Träger der Jugendgerichtshilfe in Frankfurt, wo dasselbe Projekt verwirklicht werden soll.

Das wirksamste Mittel gegen Jugendkriminalität ist Prävention. Hier ist es nicht nur wichtig, mehr Stellen zu schaffen, wie es die Stadt Köln jüngst mit dem Gefährdungs-Sofort-Dienst getan hat, sondern die Arbeitsbedingungen auch im Allgemeinen Sozialen Dienst so zu verbessern, dass freie Stellen endlich dauerhaft besetzt werden können und die große Fluktuation abnimmt.

Darum wird DIE LINKE im Rat diese Vorlage ablehnen.

Özlem Demirel

■ Stadtentwicklung

Öffentlicher Raum wird trotz Protest bebaut

Im Weichserhof soll eine der wenigen öffentlichen Grünflächen der Südstadt der Erweiterung des Microsoft Campus im Rheinauhafen Platz machen. Mit einem Änderungsantrag versuchte die Ratsfraktion die Bebauung noch zu verhindern. Dazu hätte der Satzungsbeschluss geändert werden müssen. Das wollten SPD, CDU und die Verwaltung aber nicht. Zuliefererbetriebe von Microsoft waren ihnen wichtiger.



Dabei hätte der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE beides ermöglicht: Die geplante Blockrandbebauung an der Rhein-Uferstraße und gleichzeitig die Entwicklung der Grünfläche mit Spielplatz und Platz (siehe G). Der geplante Wohnblock an dieser Stelle würde entfallen. Die Straße am Weichserhof (WG) würde aufgehoben und in die Grünfläche einbezogen. Zusätzlicher Wohnraum bzw. Geschäftsraum (B) würde geschaffen werden und die Zufahrt zur Tiefgarage über die Mechthildisstraße erfolgen. Nur die Grünen fanden den Vorschlag interessant, mussten sich aber dem Koalitionszwang fügen.

Die Linksfraktion begründete ihren Vorschlag: „Die Verdichtung von Wohn- und Geschäftsraum ist in Köln unvermeidbar. Doch dabei dürfen gewisse Grundsätze nicht über Bord geworfen werden und dazu gehört der Erhalt von öffentlichem Raum wie Kinderspielflächen.“

Jörg Detjen

■ Verkehr

Linksabbieger nicht auf Kosten des ÖPNV

Bei der jüngsten Sitzung des Verkehrsausschusses ging es um die eventuelle Installation eines separaten Lichtsignals für Autofahrer an der Kreuzung Dürener Straße/Gürtel. Die Ampelanlage sieht derzeit eine solche Schaltung nicht vor. Wird dieses separate Linksabbiegersignal geschaltet, ist hierfür Zeit nötig. Diese Zeit soll auch bei der Vorrangschaltung für die KVB eingespart werden. Bis zu 50 Sekunden müssten die Stadtbahnen der Linie 13 und 7 dann an der Kreuzung warten. „Eine unzumutbare Situation für die Kunden“, meint Michael Weisenstein, Sachkundiger Einwohner für DIE LINKE. Köln. Wenn Änderungen im Ablauf des motorisierten Individualverkehrs nötig sind, so sind diese innerhalb des Zeitbudgets für eben diesen motorisierten Individualverkehr zu regeln.

Eine Entscheidung fiel an diesem Tag nicht. Es überraschte, dass sich neben den üblichen Autolobbyparteien auch die Grünen für die Änderung zu Lasten des öffentlichen Personennahverkehrs aussprachen.

Michael Weisenstein

Öffnungszeiten im Bebauungsplan regeln

Wird für ein Gebiet ein Bebauungsplan aufgestellt, so kann dieser so genannte „Lärmkontingente“ enthalten. Damit wird festgeschrieben, wie hoch eine eventuelle zusätzliche Lärmbelastung für die Anlieger noch sein darf. Gibt es so etwas im Bebauungsplan, so muss bei Beantragung einer Baugenehmigung mit beantragt werden, den Lärm verursachen zu dürfen. Das kann zum einen dazu führen, dass umfangreiche passive Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden müssen oder – wie jetzt beim Rheincenter Weiden geschehen – die Betriebszeiten nur eingeschränkt erlaubt werden. Also gibt es schon bei der Bebauungsplan-Erstellung die Möglichkeit, eventuellen Auswüchsen von Ladenöffnungszeiten einen Riegel vorzuschieben.

HP Fischer

Verwaltung lehnt Mitwirkung der Bezirksvertretungen bei neuer Friedhofssatzung ab

Auf ähnliche Anfragen der Kölner LINKEN in den Bezirksvertretungen Chorweiler und Nippes, warum die Stadtbezirksvertreter nicht zum Entwurf einer neuen Friedhofssatzung für die Stadt gehört worden sind, hat die Verwaltung ebenso rasch wie negativ reagiert. Nach der Gemeindeordnung NRW sei allein der Rat für die Änderung von Satzungen zuständig. Im Übrigen habe die geplante Privatisierung von Grabfeldern durch so genannte Kooperationsverträge mit einzelnen Unternehmen ja nichts mit Gestaltungsplanungen der Friedhofsverwaltung zu tun, wo den Bezirksvertretungen ein Mitspracherecht zugestanden wird, so die Antwort der Verwaltung.

Das ist nach Meinung der LINKEN schlicht falsch. Schließlich kommt es durch die sog. Kooperationsfelder zu einer nicht

unerheblichen Gestaltungsänderung. Dass dabei die Bezirksvertretungen miteinbezogen werden müssen, ergibt sich durch das Beispiel des illegalen Gräberfeldes auf Melaten (Siehe Artikel „Bitte nicht auf Melaten“ auf dieser Seite). Die Bezirksvertretung Ehrenfeld und der Bezirksbürgermeister werden sich für eine Beteiligung stark machen. In Lindenthal steht eine Anhörung zum Thema Anfang 2009 noch aus.

Die Stadt ist nach Abschluss solcher Verträge aus der Verantwortung für die betroffenen Friedhofsbereiche weitgehend entlassen. Ansprechpartner für den einzelnen Nutzer ist dann nur noch das private Unternehmen.

Die Verwaltung führt auch aus, dass durch Kooperationen mit privaten Unternehmen weder Gebührenbelastungen

noch Entlastungen entstehen – eine etwas seltsame Feststellung angesichts der städtischen Bemühungen, Friedhofsgebühren attraktiver zu gestalten, um die beobachtete „Abwanderung von Bestattungsfällen“ aus Köln zu verringern. Denn wenn die geplanten Kooperationsverträge ohne Einfluss auf die Gebühren bleiben, könnte man ja auch auf eine solche Teilprivatisierung von Friedhöfen verzichten, die faktisch auf ein Grabfeldermonopol hinausläuft. Ob im Übrigen die so begünstigten Unternehmen dann ihre Preiskalkulation auf Kosten ihres Personals machen, entzieht sich dem Einfluss der Verwaltung, ist offenbar für sie aber auch von keinem Interesse.

Worin bei allem der Vorteil für Köln liegen soll, bleibt im (neoliberalen) Dunkeln.

Dieter Wernig

Stadt steckt wieder viel Geld in FC

Namensgebungsvertrag für Stadion wird vorzeitig verlängert

Die Presse meldete am Samstag, dass der 1. FC Köln und das städtische Unternehmen RheinEnergie AG ihren 2010 ablaufenden Namensgebungsvertrag für das Stadion vorzeitig um vier Jahre bis 2014 verlängert haben. Die Stadt Köln unterstützt den Profifußball bereits mit enormen Summen. Für den Neubau des Stadions hat sie 120 Millionen Euro ausgegeben. Der laufende Stadionbetrieb wird jährlich mit 6 Millionen Euro bezuschusst.

Es ist nicht plausibel, dass der regional begrenzt agierende Energie- und Wasserversorger RheinEnergie mit dem Stadionnamen bundesweites bzw. internationales Marketing betreibt. Es dürfte sich wahrscheinlich problemlos ein Sponsor finden lassen, der die RheinEnergie zu gleichwertigen Bedingungen ersetzen könnte.

Durch die Vertragsverlängerung zahlt die Stadt weitere 8 Millionen dafür, dass sie ihr eigenes Stadion mit einem Namen versehen darf. Im Bürgerhaushalt haben die Kölnerinnen und Kölner klar zum Ausdruck gebracht, dass zuviel öffentliches Geld in den Profisport gesteckt wird. Im Hinblick auf die Finanzkrise ist die vorzeitige Verlängerung des Namensgebungsvertrages – bei der die Politik außen vor gelassen wurde – besonders dreist.

Die Millionen, die die RheinEnergie AG jetzt weitere vier Jahre dem Profifußball gibt, wären an anderer Stelle weitaus besser angebracht gewesen, etwa bei der Förderung des Breitensports. Mit dem Geld könnten beispielsweise Erhalt und Sanierung der Schwimmbäder in Nippes, Weiden und Rodenkirchen bezahlt werden.

Felix Schulte

„Bitte nicht auf Melaten“

So deutlich kommentierte Thomas van Nies vom Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz (RVDL) die illegal begonnene Grabfläche der Genossenschaft der Friedhofsgärtner. Zwar steht in der neuen Friedhofssatzung, dass die Stadt Köln „im Rahmen von Kooperationen mit fachlich qualifizierten Partnern“ so genannte „besonders gestaltete Grabfelder“ anbietet. Dass man sich aber unter „besonders gestaltet“ eine Baummarktausstellung vorstellen muss, die zudem den Denkmalschutz missachtet, kann nicht sein. Wir hatten im Platzjabbeck schon mehrfach berichtet. Im Umweltausschuss und im Ausschuss AVR versuchte DIE LINKE mit Anfragen und Anträgen mehrfach, die Teilprivatisierung der Kölner Friedhöfe zu stoppen.

Dass sich nun der RVDL, aber auch schon länger die Bestatter, der Katholikenausschuss, die Obdachlosenverbände, die Steinmetze und der Personalrat der Stadt äußerst kritisch zu den Plänen der Stadt äußern, gibt uns Recht. Wer sein Eigentum anderen überlässt, der darf sich eben nicht wundern.

Die bisherigen Befürworter der so genannten Kooperationen stecken in der Zwickmühle. Einerseits dämmert ihnen durch unser permanentes Nachfragen langsam, welche Geister sie da riefen. Andererseits sprach Josef F. Terfrüchte, der Geschäftsführer der Friedhofsgärtnergenossenschaft, ja offiziell von Signalen aus der Politik, die ihn zum illegalen Baubeginn bewegen hätten. Die Lösung ist beinahe typisch kölsch. Die Friedhofssatzung wird mit dem umstrittenen § 27 verabschiedet, aber mit der Einschränkung, dass die Politiker jetzt erstmal den Kooperationsvertrag für Melaten prüfen wollen. Für ein Jahr soll es keine

weiteren Kooperationsverträge geben. Mit anderen Worten: Es bleibt erst mal wie es ist, doch der bisher illegale „Garten der Lichter“ soll möglichst legalisiert werden.



Allerdings könnte hier der Denkmalschutz dem doch wieder einen Strich durch die Rechnung machen. Zwar behauptet die Stadt, dass es sich hier um ein nicht schützenswertes Gräberfeld gehandelt habe, unterschlägt hierbei jedoch, dass der gesamte Melaten-Friedhof in seiner Anlage denkmalgeschützt ist. Das neuerrichtete Gräberfeld jedoch läuft der gesamten Wegestruktur zuwider. Gartendenkmalpflegerische Kontinuität und Qualität seien missachtet worden und das Arbeiten völlig ohne Sichtachsen konterkariere alle historischen Vorlagen, lässt der RVDL verlauten. Damit könnten sich Terfrüchte und Co. natürlich auch selbst ins Abseits gestellt haben.

Das Thema wird uns also auch im nächsten Jahr noch beschäftigen, wenn wir erfahren, ob dieser modernistische Gestaltungsversuch nun der Anfang oder schon das Ende der geplanten Teilprivatisierung der städtischen Friedhöfe ist.

HP Fischer



Der Widerstand gegen „Pro Köln“ – Kölnerinnen und Kölner verschiedenen Glaubens zusammen mit Atheisten. Im Bild mit zwei Deckeln in der Hand: Fraktionsvorsitzender Jörg Detjen

„Pro Köln-Mahnwache“ vor der Ehrenfelder Moschee

Antifaschistischer Widerstand gegen eine Geisterveranstaltung

Köln, 13.12. Es ist zu früh und zu kalt. Samstagmorgen 10.30 Uhr und unter Null °C. Es gibt Angenehmeres als um diese Zeit vor einer Moschee herumzustehen.

„Pro Köln“ hatte für 11 Uhr ihre monatliche Mahnwache angekündigt „Gegen die Islamisierung Deutschlands“. Die Polizei hatte die Venloer Straße gesperrt. Die Gegendemonstranten waren aufgeteilt: Fahnen- und Transparentträger wurden an den Sperren rund um die Moschee aufgehalten und Einzelne, vor allem Ältere, konnten als Passanten ihrer Wege gehen und sich vor der Moschee sammeln. Dort war von der Gemeinde schon heißer Tee bereitgestellt.

Dann bog der Zug von „Pro Köln“ um die Ecke. Ca. 100 Leute, eine Inflation an Deutschlandfahnen. Wer keine Fahne hat-

te, trug Schilder oder Transparente. Dabei eine 20-köpfige Delegation aus Sachsen („Wir müssen die Islamisierung so früh wie möglich im Westen stoppen, ehe sie uns im Osten erreicht!“)

Die Prominenz ergreift das Mikrofon und hält gewichtige Reden: Der CDU-Überläufer im Bundestag Henry Nitzsche proklamierte, der Gott dem das Grundgesetz verpflichtet ist, sei der christliche Gott und nicht Allah. Manfred Rouhs schwadroniert von der abgehalfterten politischen Klasse, die das Land regiert und macht am Horizont eine aufsteigende neue Führungselite aus, die Deutschland auf seinen nationalen Weg zurück bringt. Wenn man sich diese Elite so ansieht und hört, weiß man nicht, ob man weinen oder lachen soll – irgendwie ist beides angemessen. Jörg

Uckermann begrüßt die Ehrenfelder Bürgerinnen und Bürger, die weit und breit nicht zu sehen sind. Die Reden werden beendet mit „Wir-sind-das-Volk“-Rufen und einer asynchronen krächzenden Carmina-Burana-Version.

Die etwa gleich große Zahl der Gegendemonstranten, die dem Geisterzug gleich gegenüber stand, hatte zunächst mit Trillerpfeifen und „Nazis raus“ dem Gegner



Mussten auf sächsische Gastprotestierer zurückgreifen: Die Lokalpatrioten von „Pro Köln“

Flughafen Köln-Bonn bleibt maßgeblich in kommunaler Hand

Köln möchte eine Mehrheit am Kölner-Bonner Flughafen halten. Das ist nun in greifbare Nähe gerückt. Bisher haben sich Bund, Land und Stadt den Flughafen geteilt. Wenige Prozente der Anteile liegen bei kleineren Umlandgemeinden und -kreisen.

Streit um die Höhe der Pachtzahlungen hatte dazu geführt, dass der Bund seine Anteile verkaufen wollte. Köln wollte zuschlagen und so die Mehrheit am Flughafen erwerben. Das Land Nordrhein-Westfalen leistete gegen diese Pläne Kölns heftigen Widerstand und drohte seinerseits, seine Anteile an private Investoren zu verkaufen.

Nun ist die geplante Teilprivatisierung endgültig vom Tisch. Nur der Bund wird seine Anteile verkaufen. Das Vorkaufrecht bleibt bei der Stadt Köln, die sich binnen zwei Monate nach Eingang des Angebots entscheiden muss. Eine breite Mehrheit für den Kauf gilt als wahrscheinlich. Dann wäre Köln mit rund 62 % Mehrheitsgesellschafter.

Auch beim Preis konnte Köln sich durchsetzen. Der wird nun über ein Gutachten ermittelt und nicht - wie ursprünglich vorgesehen - durch eine Marktermittlung, durch die wahrscheinlich wesentlich höhere Kosten auf Köln zugekommen wären.

DIE LINKE hatte sich immer für den Verbleib des Flughafens in öffentlicher Hand ausgesprochen. Er zählt zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Mit einer kommunalen Mehrheit hat die Stadt auch weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten, etwa bei den Nachtflugverboten. Hier möchte die Fraktion ein Aufweichen des Nachtflugverbotes für Passagiermaschinen verhindern.

Andrea Kostolnik

akustisch Paroli geboten. Doch dann kam Bewegung in die Szene: Die ersten Tablets, auf denen serviert worden war, wurden zu Blechinstrumenten umfunktioniert. Nach und nach wurde die gesamte Küche der Moschee leer geräumt und Topf- und Deckel schlagend wurde ein ganzes Orchester aufgestellt.

Was wurde erreicht? „Pro Köln“s Mahnwache war dank des antifaschistischen Widerstandes eine Geisterveranstaltung. Sie hatten bis nach Sachsen mobilisiert und keine Ehrenfelder haben sie gehört. Unsere Mobilisierung war angemessen und kann jederzeit erhöht werden.

Den Rechtsradikalen Paroli bieten, wo sie auftreten, ist das Eine. Die tägliche Auseinandersetzung mit dem Rassismus und der Xenophobie in den Köpfen ist ungleich schwieriger.

Peter Bach

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Auf Initiative der LINKEN hat der Rat der Stadt Köln im September 2006 beschlossen, den Opfern der NS-Wehrmachtjustiz ein Denkmal zu setzen und Gelder dafür bereitgestellt. Nun sammeln engagierte Bürgerinnen und Bürger weitere Spenden für die Umsetzung der Idee. Wir zitieren aus ihrem Spendenaufruf:

Unser Ziel ist es, mit 10.000 € Spenden zur Finanzierung des Denkmals beizutragen. Wenn z.B. 100 Kölnerinnen und Kölner einen ‚Baustein‘ für je 100 € erwerben, hätten wir unser Ziel schon erreicht. Selbstverständlich sind auch kleinere oder größere Spenden willkommen!

Wenn genügend Kölner/innen rechtzeitig ihren Beitrag leisten, kann ein würdiges Denkmal am 1. September 2009, dem 70. Jahrestag des Überfalls Nazi-Deutschlands auf Polen, eingeweiht werden.

Geben Sie unseren Spendenaufruf weiter in Ihrem Freundeskreis, an Verwandte, im Kollegenkreis, bei Geschäftsfreunden. Den Spenderinnen und Spendern, die 100 € (oder mehr) geben, versprechen wir ein „grafisches Dankeschön“, das ihnen bei der Einweihung des Denkmals überreicht wird.

Spenden Sie bitte bald an die unten aufgeführten Vereinskonto. Beide Vereine sind gemeinnützig anerkannt. Ihre Spenden sind steuerabzugsfähig. Bitte geben Sie



bei der Überweisung das Stichwort „Denkmal“ und Ihre Adresse an. Herzlichen Dank schon jetzt für Ihr Engagement!

Für Rückfragen stehen Elvira Högemann (koelner-friedensforum@web.de) und Malle Bensch-Humbach (ELDE-Haus@web.de) von der Projektgruppe „Kölner Opfer der NS-Militärjustiz“ zur Verfügung.

Informationen über die Arbeit der Projektgruppe sowie Hintergrundinformatio-

nen zum Thema finden Sie auch im Internet unter www.nsdok.de.

Spendenkonto
Förderverein Kölner Friedensforum e.V.:
Sparda-Bank West, BLZ 370 605 90, Kto. 415 72 30
Verein EL-DE-Haus e.V.:
Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto. 290 669 501

Termine...

Mi, 14.1.2009, 18 Uhr
Neujahrsempfang der Fraktion
Spanischer Bau, Kardinal-Frings-Raum

Di, 20.1.2009, 16.30 Uhr
AK Stadtentwicklung
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Do, 22.1.2009
AK Jugend und Schule
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion



Der Städtepartnerschaftsverein Köln-Bethlehem führte – wie jedes Jahr – auch diesmal wieder am 6. Dezember seine Straßensammlung vor dem Domforum durch. Diesmal hatten Mitglieder eine besondere Idee, um auf den Verein aufmerksam zu machen. Das Kölsche Foto war bei Engländern und Niederländer besonders hoch in Kurs, auch wenn sie dafür um einen Euro erleichtert wurden. Auch unser Ratsmitglied Michael Kellner war – nicht nur im Foto – dabei und sammelte eifrig mit.